

Am 10.8.1992 hat sich die Senatorin der Stadtentwicklungsbehörde (STEB) Traute Müller mit einem Brief direkt an das Rote Flora- Plenum gewandt. Sie bietet uns Gespräche mit dem Altonaer Bezirksamtsleiter Strenge über die Zukunft der Roten Flora an. Müller will einen "letzten Versuch" machen, "... die Rote Flora in die Konzeption und den Betrieb eines Stadtteilzentrums einzubeziehen." Sie stellt sich "konkrete Gesprächsergebnisse" innerhalb der nächsten 6 - 8 Wochen vor und droht im Falle des Scheiterns mit Räumung und Abriß.

Wir nehmen das Schreiben der STEB ernst und sind grundsätzlich zu Gesprächen bereit.

Zum einen werden wir in diesem Flugblatt unsere Einschätzung der politischen Hintergründe der Senatsinitiative darstellen. Zum anderen wollen wir eine Bestandsaufnahme der Situation in der Roten Flora leisten und unsere Ausgangsposition in den möglichen Verhandlungen klarstellen.

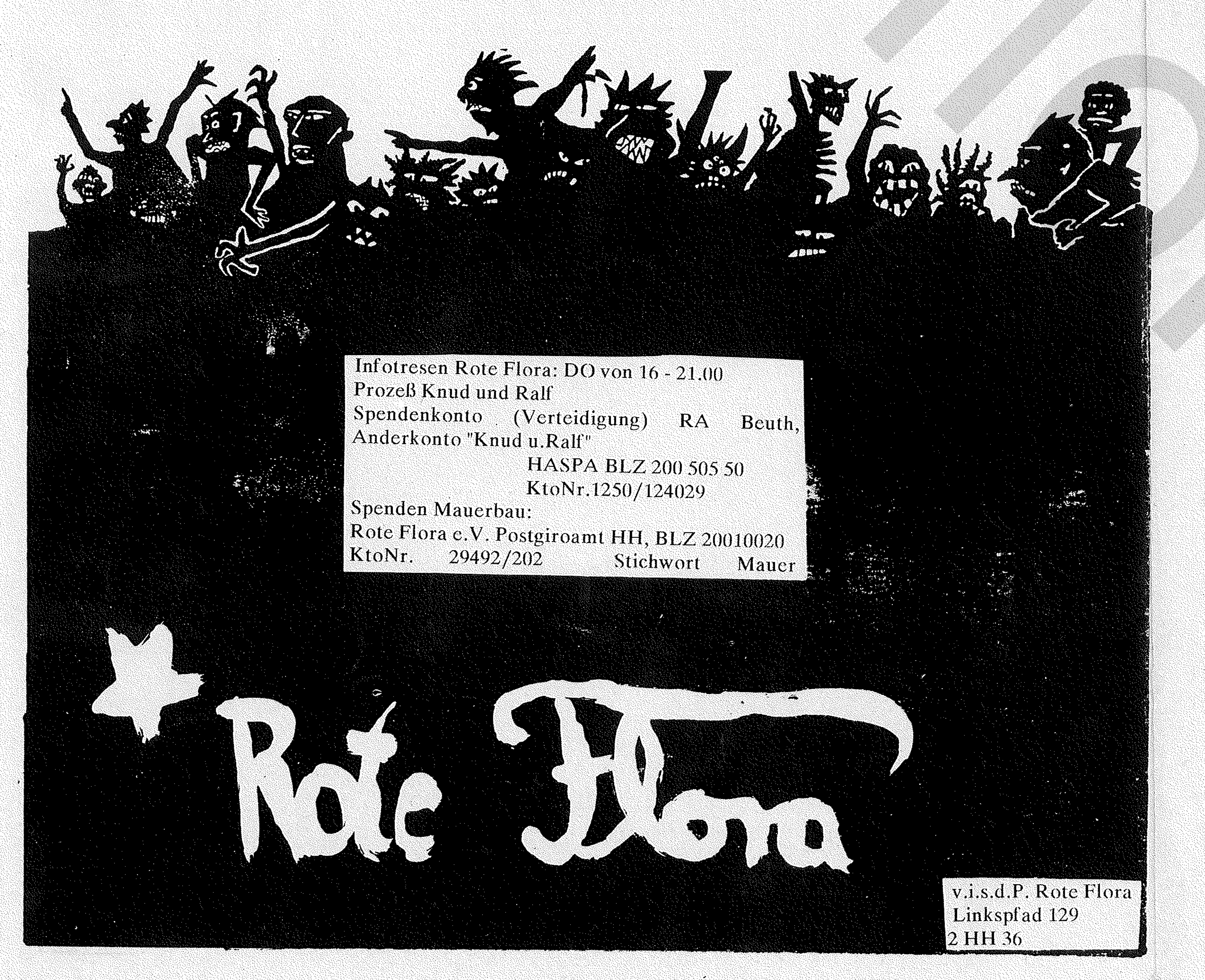
Weshalb Gespräche jetzt ?

Nun ist es also soweit. Nach fast drei Jahren Besetzung wendet sich eine Senatorin direkt an das Plenum der Roten Flora. Wir haben immer gesagt, daß wir, wenn überhaupt, nur mit den politisch Verantwortlichen dieser Stadt reden wollen. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß es Zeitverschwendung ist, mit irgendwelchen Behördenbeauftragten zu reden, die letztlich nichts zu entscheiden haben.
Die Baubehörde hatte 1989/90 die Stadterneuerungsgesellschaft (STEG) aus dem Boden gestampft, um die sanierungsbedürftigen Viertel möglichst widerstandslos sanieren zu können. In diesem Zusammenhang erhielt die STEG auch den Auftrag, mit uns zu reden. Nun endlich hat der Senat eingesehen, daß wir es ernst meinen, wenn wir sagen: "Kein Weg mit der STEG!" Und was kommt: ein Brief mit einem "letzten Gesprächsangebot" - es ist das erste Gesprächsangebot des Senats seit Beginn des Kampfes um die FLORA 1988.

Wenn sich politisch Verantwortliche seitdem öffentlich zur Roten Flora außerten, waren es zum Beispiel Innensenator Hackmann, der seit dem Frühjahr 1991 die "Beendigung des Projekts am Schulterblatt" anmahnt (taz vom 22.2.91). Oder Hamburgs ehemaliger Verfassungsschutz-Chef Lochte (inzwischen tot), der gegenüber Wirtschaftsvertretern in Hamburg erklärte, daß die Rote Flora neben der Hafenstr. zu einem Kristallisationspunkt geworden sei, den es zu zerschlagen gelte (taz v.4.7.90).

Wenn Müller jetzt schreibt, daß wir in die Konzeption und den Betrieb eines Stadtteilzentrums lediglich einbezogen werden sollen, macht das klar, daß es dem Senat nicht darum geht, die Rote Flora als selbstverwaltetes Stadtteilzentrum zu sichern. Er will vielmehr die in drei Jahren gewachsene Struktur demontieren und ein Zentrum unter behördlicher Regie installieren. Sie wollen uns damit den von uns erkämpften politischen Raum wieder nehmen.
Wir wissen mit all' dem bisher Gesagten, daß die möglichen Verhandlungen mit dem Senat zu einer Gratwanderung für uns werden.
Einerseits wollen wir der bisherigen Arbeit in der Roten Flora eine langfristige Perspektive geben. Andererseits sind wir nicht bereit, Verhandlungen um jeden Preis zu führen. Der Senat wird es uns so schwer wie möglich machen, unsere Konzeptvorstellung durchzusetzen.
Die Erfahrungen der unterschiedlichen sozialen und politischen Kämpfe, wie auch die Geschichte der Roten Flora zeigen: Es liegt an uns allen, gemeinsam das politische Kräfteverhältnis aufzubauen, welches es ermöglicht, die Rote Flora durchzusetzen.
Dazu bedarf es des Engagements vieler Initiativen und Menschen, den praktischen und politischen Druck zu entwickeln, damit wir uns mit unseren Vorstellungen auch bei Verhandlungen mit dem Senat durchsetzen können.
Wir werden diese Gespräche offen und transparent führen und wollen keine Kungelei hinter verschlossenen Senatstüren mittragen.

Demnächst wird es ein offenes Plenum in der Roten Flora geben.



Wir glauben nicht, daß sich diese Einstellung auf Seiten des Senats gegenüber der Roten Flora wesentlich verändert hat. Doch in den letzten drei Jahren konnte sich der Senat trotz Pressehetze, massiven Kriminalisierungsversuchen und der Zerstörung des FLORA-Parks im Juli 91 mit seiner Räumungs- und Zerschlagungsstrategie gegenüber uns nicht durchsetzen. Im Gegenteil muß der Senat einsehen,"...daß ein Stadtteilkulturzentrum im Flora-Kopfbau - soll es ein aus dem Stadtteil gewachsenes und akzeptiertes sein - nicht an der Roten Flora und dem Trägerverein Flora e.V. vorbei institutionalisiert werden kann." (Zitat aus der vom Senat in Auftrag gegebenen "Vorbereitenden Untersuchung" der STEG vom Mai 1992.)

Was will der Senat mit den Gesprächen?

Wir glauben nicht, daß der HH- Senat unsere Arbeit unterstützen oder gar zukünftig absichern will. Vielmehr müssen wir annehmen, daß der Senat uns in "Verhandlungen" über ein zukünftiges BetreiberInnenkonzept aus dem Stadtteilzentrum ausbooten will, indem wir im besten Falle Anhängsel eines schon fertigen Nutzungskonzeptes sein sollen. Dies wird auch aus der Pressekonferenz der STEB vom 13.8.92 deutlich, wenn sie ultimativ konkrete Gesprächsergebnisse innerhalb von 6-8 Wochen fordert und Räumungs- und Abrißpläne offensichtlich auch schon vorbereitet sind. Wir vermuten, daß der Senat eine Verhandlungslösung in seinem Sinne einer polizeilichen Lösung vorzieht, um im Schanzenviertel nicht noch mehr Boden zu verlieren. Daher werden die Hardliner im Senat die nächsten Wochen stillhalten, damit die STEB den Rücken frei hat für die "Verhandlungen" mit uns. Nicht ohne Grund hat selbst die Rechtspresse über den STEB- Vorstoß bisher relativ moderat berichtet.

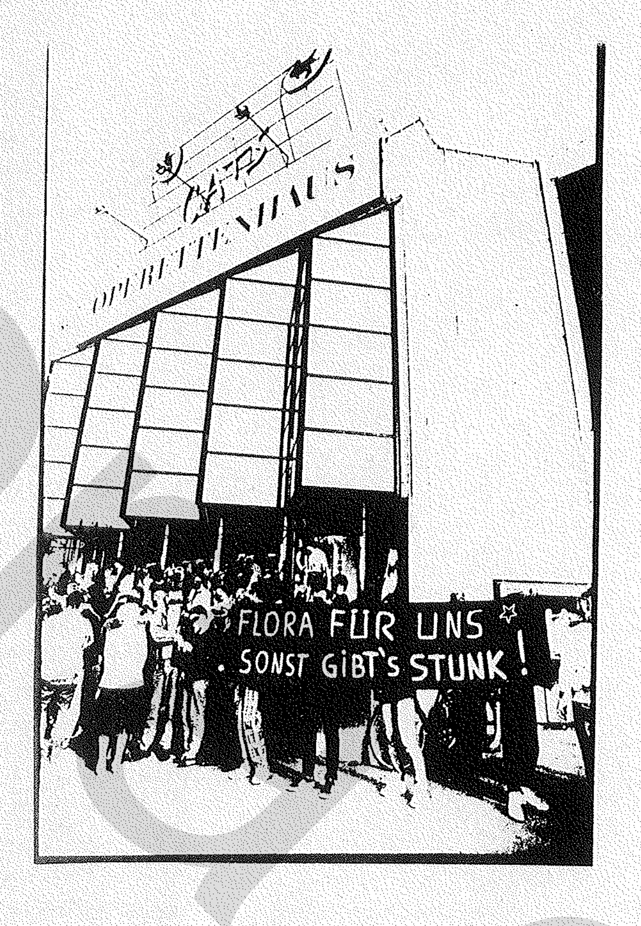
Wofür steht die Rote Flora ?
Selbstverständnis und Arbeitsweise-

Nochmal für alle zur Erinnerung:
Seit drei Jahren gibt es das Stadtteilkulturzentrum Rote Flora. Wir sind hier vor drei Jahren reingegangen in ein Gebäude, das der Senat nach den Auseinandersetzungen um das "Phantom der Oper" als Ruine hinterlassen hat.
Seitdem haben wir gemeinsam mit vielen anderen Menschen und Gruppen aus dem Stadtteil unendlich viel Kraft und Herz daran gesetzt, aus dieser Ruine ein Zentrum zu entwickeln, das von möglichst vielen Menschen genutzt und getragen wird und in dem sich Politik und Kultur von unten verbinden.



In Eigeninitiative und mit so gut wie keiner Unterstützung durch öffentliche Mittel haben wir die Flora nutzbar gemacht. Wir haben Wände und Decken gezogen, Fenster, Türen und Öfen eingesetzt, Strom und Wasser verlegt, Fußböden ausgebessert, das Dach repariert, gemalt, gehämmert, gebohrt und nicht zuletzt mit ganz viel Unterstützung von außen vor zwei Monaten die Rückwand der Flora gemauert.

Gleichzeitig vom ersten Tag an haben wir ein Cafe mit Getränken und Essen zum Selbstkostenpreis eröffnet und ein laufendes Programm auf die Beine gestellt: Konzerte mindestens einmal im Monat, regelmäßig Theater, Filme und Ausstellungen, Lesungen, politische Veranstaltungen, Straßenfeste, Florafestspiele und und und.
Im Keller haben sich verschiedene Musikgruppen Übungsräume eingerichtet, die Food Coop ist bei uns eingezogen, Fahrrad und Motorrad-Selbsthilfe sind entstanden, die DruckerInnen haben eine Siebdruckwerkstatt errichtet, und regelmäßig treffen sich Gruppen und Initiativen, die zu verschiedenen politischen Themen arbeiten in der Flora.
Es gibt Zeiten, da platzt die Flora aus allen Nähten und solche, da läuft der Betrieb eher ruhig ab. Immer aber und vom ersten Tag an wurde die Rote Flora als kulturelles und politisches Zentrum genutzt - ist sie doch aus der Verhinderung des Großprojektes "Phantom der Oper" am Schulterblatt entstanden. Sie ist Raum für politische Auseinandersetzungen, deren Bandbreite von Themen wie Umstrukturierung ,Sanierung und Vertreibung von Bevölkerungsschichten mit niedrigem Einkommen, Hausbesetzung, Rassismus, Antifa, Internationalismus bis hin zu aktuellen Ereignissen wie den Golf-Krieg.
Grundsatz war und ist es, die Arbeit innerhalb der Roten Flora mit verschiedenen Menschen und Gruppen gleichberechtigt und in Selbstverwaltung gemeinsam zu organisieren.



Daß wir mit unserer Arbeit immer wieder an Grenzen gestoßen sind und oft genug nicht all'die Menschen in die Flora gekommen sind, die wir gern erreicht hätten, wissen wir selbst nur allzugut:

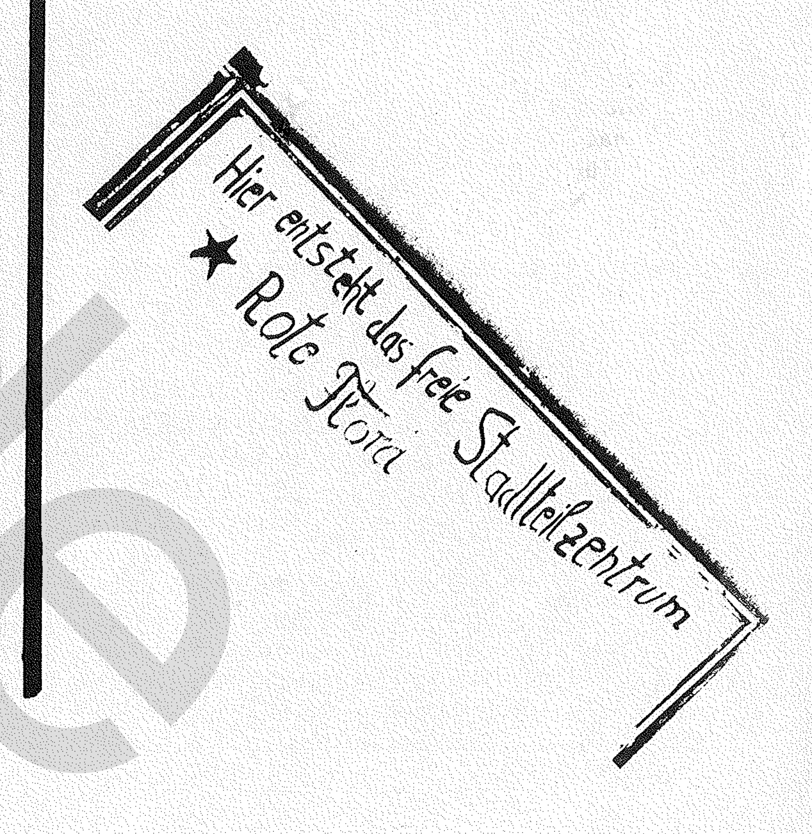
- Die Schwierigkeiten, unserem Anspruch nach Offenheit allen Interessierten gegenüber gerecht zu werden, sich mit ihren Bedürfnissen und Vorstellungen auseinanderzusetzen und auch mal selbst Abstriche machen zu können. Der Umgang unter uns, der nicht selten von Oberflächlichkeit und hierarchischen Strukturen geprägt ist und der Unfähigkeit, einander richtig zuzuhören.

- Der immer noch mangelhafte Zustand des Gebäudes, der viele Menschen davon abhält, die Flora zu nutzen.

- Im Winter der Kampf gegen die Kälte, der viele Gruppen dann in andere Räume treibt.

- Und nicht zuletzt der ganze Orga-Kram Tag für Tag, der Frust, daß es mal wieder aussieht wie Sau in der Flora und schon wieder irgend jemand ein Fenster eingeschmissen hat.

Dies sind alles Probleme in der Flora und die Auseinandersetzung mit ihnen ein ständiger Prozeß, in dem auch wir uns immer wieder hinterfragen lassen müssen, um auf andere Menschen zugehen zu können. Diese Auseinandersetzung wollen wir im Stadtteil führen, gemeinsam mit den Menschen, die hier auch leben und denen, welche die Flora nutzen - eigenverantwortlich und solidarisch. Nur so kann die Flora zum lebendigen Ausdruck der Bedürfnisse und Wünsche vieler Menschen hier werden.
Das ist es, was wir meinen, wenn wir von Selbstbestimmung sprechen: Unabhängigkeit von staatlicher Bevormundung - gemeinsam mit anderen den eigenen Wünschen und Träumen auf die Spur zu kommen und daran zu gehen, diese umzusetzen.

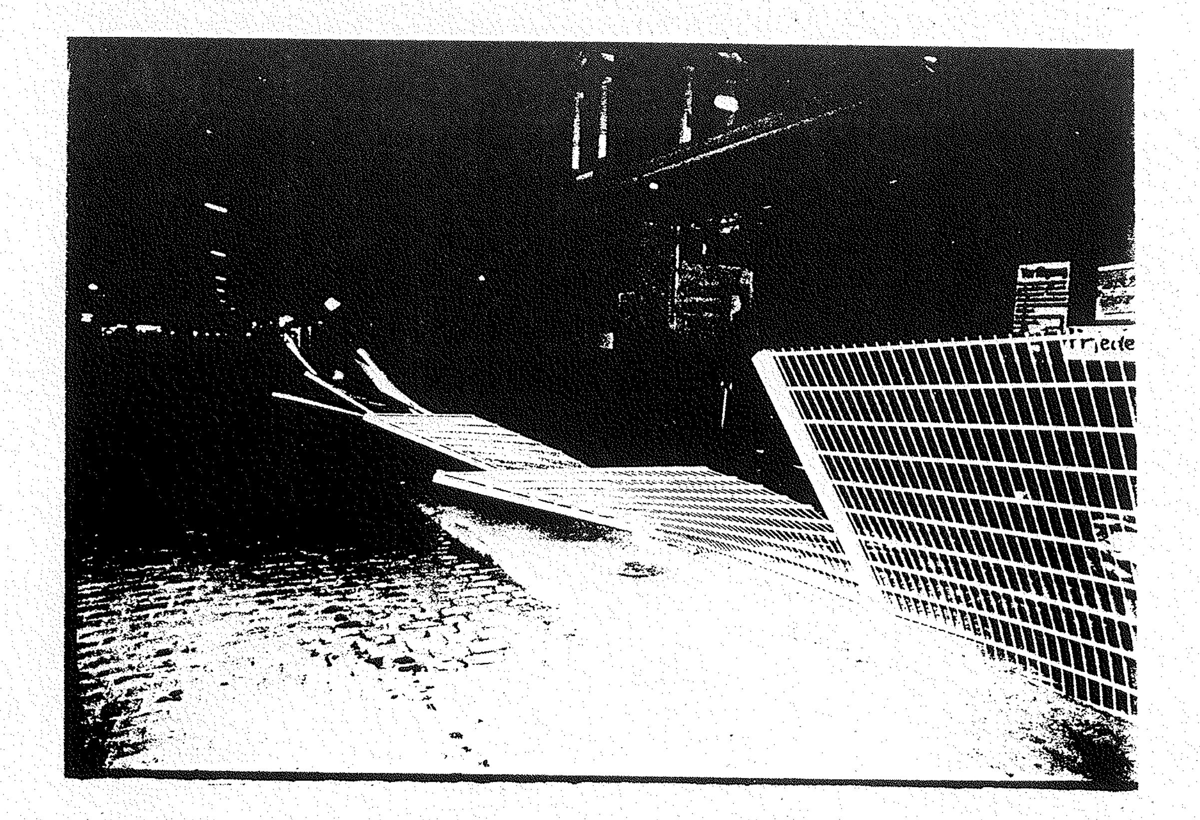


Flora ist keine Insel...

Doch wir wissen, daß dem die Wirklichkeit kraß gegenübersteht: nicht enden wollende Gewalt gegen Frauen, Isolation und Vereinsamung vieler Menschen, Obdachlosigkeit, Angriffe und Verfolgung von ImmigrantInnen und Flüchtlingen, die Situation der Drogenabhängigen, kein Raum für Kinder und der tödliche Straßenverkehr...

Wir wissen auch, daß für diese Widersprüche die **herr**schende Politik die Verantwortung trägt.(Allerdings werden wechselseitig Machtverhältnisse auch von "Machtlosen" reproduziert). Und wenn wir diese Widersprüche angehen, anstatt sie hinzunehmen , bedeutet das zwangsläufig, eine Konfronation mit den **Herr**schenden einzugehen.-
Für diesen Ansatz, diese Konfrontation bewußt einzugehen und auch den Rahmen staatlich vorgegebener Protestmöglichkeit zu verlassen, steht die Rote Flora seit drei Jahren. Das stellt den Machtanspruch des Senats infrage und wie überall, wo Menschen sich so verhalten, reagiert der Senat mit Einschüchterung, Bespitzelung, Kriminalisierung und Verfolgung. Noch am Abend der Räumung des Flora-Parks im letzten Jahr erklärte Innensenator Hackmann, daß es im Schanzenviertel darum ginge, ob Parlament und Regierung oder"selbsternannte Kräfte" das Sagen haben.





Chronologie der Repression gegen die Rote Flora

- Silvester 1989 wurde eine Demonstration, die von der Roten Flora zum Untersuchungsgefängnis gehen sollte, vor der Roten Flora brutal zusammengeknüppelt.

- 1990 schnüffelt eine verdeckt tätige Staatsschutzbeamtin des Hamburger Landeskriminalamtes (LKA) Christa Manz, mit falscher Identität ein halbes Jahr in der Flora rum, bis sie von uns enttarnt wurde.

- Im Herbst 1990 versuchte der Hamburger Verfassungsschutz, drei Menschen aus dem Flora Zusammenhang erfolglos als Spitzel anzuwerben.

- Im Juli 1991 wurde der in Eigeninitiative angelegte Flora - Stadtteilpark durch 1500 Polizisten brutal geräumt und zerstört.

- Kurz darauf wurden Ralf und Knud - zwei Menschen aus der Flora- mit dem absurden Vorwurf, Betonplatten auf Bahngleise gelegt zu haben, ein halbes Jahr ins Gefängnis gesteckt. Der Prozeß gegen die beiden läuft, in dem das Lügenkonstrukt immer deutlicher wird.
- Permanent werden Menschen aus dem Schanzenviertel von einer Sondereinheit der Revierwache 16/Stresemannstr. (die sog. 16 E Schicht) verfolgt, bespitzelt, provoziert und in einigen Fällen brutalst zusammengeschlagen.

Vor diesem Hintergrund und der Tatsache, daß der Senat

- seit Jahren die verschiedensten alternativen Initiativen und Projekte durch Etatkürzungen, Streichung von ABM-Stellen, Knebelverträge oder behördlichen Schikanen behindert

- billigen Wohnraum vernichtet, wie jetzt am Pinnasberg oder zugunsten von Großprojekten aufgibt
- städtischen Raum kommerziellen Zwecken zuführt, statt für soziale Initiativen zu sichern (Wasserturm im Schanzenpark/ südliches Schlachthofgelände)
sehen wir den Vorstoß der STEB.